

Westfalen-Blatt
Mittwoch, 29. Mai 2013

Ratsuchende bleiben außen vor

Familienberatungsstellen sehen präventive Hilfe gefährdet, falls Stadt ihre Leistungen kürzt

Bielefeld (vz). Der Anschluss des Krisentelefons ist stillgelegt, Sprechstunden für Eltern in Kindertagesstätten fallen ersatzlos aus, die Stadtteilberatung in Baumheide wird gestrichen: Das droht, wenn die Stadt ihre kommunalen Zuschüsse an die Familienberatungsstellen ab 2014 kürzt. Dagegen wehren sich jetzt die Träger dieser Angebote.

Dem von der halben Million Euro, die Bielefeld im Bereich der Leistungsverträge sparen wolle, seien die Familienberatungsstellen mit rund 1,50.000 Euro betroffen. Dadurch fehlen den Trägern außerdem auch die 70.000 Euro Fördergelder vom Land NRW, Kristaler gestern die Fachberater der Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS), der Diakonie für Bielefeld sowie der Arbeiterwohlfahrt.

Nach Angaben von GfS-Geschäftsführer Uwe Reeske fallen dem städtischen Sparkurs mehr als vier Fachstellen zum Opfer, so dass «mindestens 400 Ratsuchende und ihre Familien» nicht mehr beraten werden könnten. Darüber hinaus müssten etliche präventive Leistungen wie Gruppenangebote, Sprechstunden in Schulen gestrichen werden. All dem stünden die enorm hohen Fallzahlen vom vorigen Jahr gegenüber: 4037 Fälle waren es, abgeschlossen wurden davon 3040. «Schon jetzt sind die Beratungsstellen voll ausgelastet, weil sie im Landesvergleich eine überdurchschnittlich hohe Fallzahlen aufweisen», betont Kerstin Münder vom Fachbereich Beratung der GfS. Pro Fall werden zehn bis 15 Termine zu je einer Stunde Dauer angeboten. Das werde es künftig nicht mehr geben, dabei nähmen die Probleme zu. Jede beratende Vollzeitkraft habe im vergangenen Jahr 134 Fälle gehabt; durchschnittlich seien es in anderen NRW-Kommunen 90.

Der im Sozial- und Gesundheitsausschuss vor gut zwei Wochen behandelte Antrag der Ampelkalition zur Kürzung der Mittel

wirkt sich konkret hier aus: ● Die Diakonie für Bielefeld wird wegen der Kürzung um 56.000 Euro das Krisentelefon und die



Gegen die Kürzungen bei den Familienberatungsstellen wenden sich (von links) Volker Magsamen und Evelyn Uppmann-Stadler (beide AWO), Ulrich Schübe und Anne Krüger-Gembus (beide Diakonie für Bielefeld) sowie Kerstin Münder und Uwe Reeske (GfS). Foto: Volker Zeiger

Krisenberatung einstellen sowie Angebote in Kindertageseinrichtungen und Schulen kürzen. ● Die GfS muss wegen der Kürzung um 32.000 Euro die Paar-, Lebens- und Familienberatung im Stadtteil Baumheide einstellen und streicht den Schwerpunkt »Beratung für junge Erwachsene, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind« im Psychologischen Beratungsdienst.

● Die AWO OWL muss wegen des Wegfalls von 62.000 Euro sparen und Kürzungen in der Beratungs- und Präventionsstätigkeit vornehmen. Neben der Stadtteilberatung in Baumheide werden die Vor-schulberatung und die Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien betroffen sein.

Die Träger all der Angebote hoffen unterdessen auf ein Einlenken der Politik und wollen gleichzeitig mit den Entscheidern reden. «Ein Gesprächsangebot gab es am Dienstag von den Gründern», sagte Uwe Reeske. Sein Wunsch: Die übrigen Fraktionen sollten folgen.

Neue Westfälische
Mittwoch, 23. Mai 2013

Alarm in der Familienberatung

Vorwurf: Stadt erzwingt die Einschränkung präventiver Arbeit und stellt 400 Ratsuchende ins Abseits

VON THOMAS GÜNTHER

■ **Bielefeld.** Drei Träger von Familienberatungsstellen haben gestern Alarm geschlagen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärten die Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS), die Diakonie für Bielefeld und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) OWL, die Stadt Bielefeld zwingt die Träger zur Einschränkung von vorübergehender Arbeit und stelle 400 Ratsuchende und ihre Familien ins Abseits. Die Träger fordern, die Kürzungen zurückzunehmen.

Wie berichtet, will die Ampel aus SPD, FDP und Grünen die Leistungswertträge für freie Träger um rund 510.000 Euro reduzieren. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) hatte das Thema am 14. Mai in erster Lesung behandelt. Am kommenden Mittwoch, 5. Juni, folgt der Jugendhilfeausschuss (JHA), bevor am Dienstag, 18. Juni, in einer gemeinsamen Sitzung von SGA und JHA die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden.

Die Träger beklagen, dass die Familienberatungsstellen in Bielefeld bei einer Gesamtkürzung der Mittel um 510.000 Euro mit 150.000 Euro betroffen seien. Das ist für uns auch deshalb hart, weil die Kürzung von 150.000 Euro an kommunalen Mitteln rund 70.000 Euro an

Landesmitteln nach sich zieht“, sagt Uwe Reeske, Geschäftsführer der GfS. Diese Landesmittel seien damit unwiderruflich verloren. Real betragen die Kürzungen etwa 220.000 Euro. Dies bedeute eine Reduzierung von mehr als vier Fachkräftenstellen in Vollzeit.

Studien würden belegen, dass jeder Euro, der in Familienberatung investiert wird, vier Euro an Folgekosten spart. „Mit der Kürzung nimmt die Stadt Folgekosten in Höhe von rund 880.000 Euro in Kauf“, sagt Evelyn Uppmann-Stadler, Leiterin Ju-

gend und Familie bei der AWO. Für Ulrich Schäube von der Diakonie müssen die Kürzungen kurzfristigen fiskalischen Denken entgegenstehen sei. Schäube: „So macht man keine Sozialpolitik.“ Die Wirkungen einer solch undurchdachten Finanzierung seien derzeit in Stockholm und vor einigen Monaten in London und Paris zu studieren.

Die Kürzungen im Einzelnen: ♦ **GfS:** Summe 32.000 Euro, plus Landesgelder, eine dreiviertel Stelle im psychologischen Beratungsdienst. Folge: Wegfall der Paar-, Lebens- und Familien-

beratung im Stadtteil Baumbühl, außerdem Streichung des Schwerpunktes „Beratung für junge Erwachsene, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind.“

♦ **Diakonie:** Summe 56.000 Euro, plus Landesgelder, mehr als eine Vollzeitstelle. Folge: Schließung des Krisentelefon/Krisenberatung für Ratsuchende in familiären, psychosozialen und suizidalen Krisen. Ende der regelmäßigen Sprechstunden für Eltern in mindestens vier Kindertageseinrichtungen und Kündigung der Kooperationsvereinbarungen mit den entsprechenden Trägern. Ende der regelmäßigen Sprechstunden für Schüler und Eltern an drei Bielefelder Schulen.

♦ **AWO:** Summe 62.000 Euro, plus Landesgelder, einhalb Fachkräftenstellen fallen weg. Folge: Weniger Beratung und Therapie von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern. Sprechstunden von Kinder- und Elternsprechstunden an Grundschulen fallen weg. Deutliche Einschränkung des Sexualpräventionsprojektes „Mein Körper gehört mir“. Vorträge und Seminare an weiterführenden Schulen werden reduziert. Das ADHS-Angebot wird auf eine Gruppe beschränkt. Die therapeutische Gruppe für Grundschüler wird gestrichen.



Warnen: (v.l.) Volker Maggamen und Evelyn Uppmann-Stadler (beide AWO), Ulrich Schäube und Anne Krüger-Gemhus (beide Diakonie) sowie Uwe Reeske und Kerstin Mänder (GfS). Foto: wofrastra.com